

Bekanntmachung nach § 5 Abs. 2 des UVP-Gesetzes

Bekanntmachung der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern, Anstalt des öffentlichen Rechts

vom 16.01.2020

Der Vorstand der Landesforstanstalt als untere Forstbehörde [§ 32 Absatz 3 des Landeswaldgesetzes M-V (LWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 870), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 219)] hat das Vorhaben einer Waldumwandlung in der Gemarkung Blumenholz, Flur 9, Flurstücke 5 tlw. mit einer Größe von 2,00 ha, kumulierend auf 5,75 ha, einer Vorprüfung des Einzelfalls entsprechend § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist, in Verbindung mit Nummer 17.2.2. der Anlage 1 zum UVP-Gesetz und der Dienstanweisung der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern vom 29. April 2015 unterzogen.

Die Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass von dem Vorhaben keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich. Folgende Merkmale des Vorhabens und des Standortes sind für diese Einschätzung maßgebend:

Begründung:

- durch die Lage und Größe der Maßnahme werden keine erheblichen Beeinträchtigungen verursacht
- die Waldumwandlung für die Erweiterung des Kiestagebaus „Steinwalde Ost“ führt zu den geringsten Umweltauswirkungen, da der Bereich bereits antropogen vorbelastet ist
- es erfolgt eine 1:1 Ersatzaufforstung (2ha) für die Waldumwandlung

Der Vorstand der Landesforstanstalt als Genehmigungsbehörde wird über den Antrag nach den Vorschriften des Landeswaldgesetzes entscheiden.

Es wird darauf verwiesen, dass diese Feststellung nach § 5 Absatz 3 UVP-Gesetz nicht selbständig anfechtbar ist.